



REDE KONGRESS 2015 KOMOTINI

Anrede

Ich freue mich, wieder mit Ihnen die große Familie der Minderheitenorganisationen unter dem Dach der FUEN zu bilden, diesmal in Komotini / Gümülcine, bei den Westthrakier Türken.

Ich danke Allen die so viel Energie und Herzenswärme in den Jahreskongress der FUEN gesteckt haben.

Romano Prodi, Kommissionspräsident der EU von 1999-2004, hat einmal gesagt, in der EU sind wir alle Minderheiten. Das ist natürlich eine Wahrheit mit Einschränkungen. Seit 2004 hat sich die damalige EU um 13 Staaten erweitert und diese haben, unabhängig von der Bevölkerungszahl, einen deutlich besseren Status als die Volksgruppen und Kleinvölker Europas.

Als wir vor einem Jahr unseren Kongress im dänisch-deutschen Grenzland abhielten, waren wir in einer Region, in der die Minderheiten ein anerkannter Teil der Bevölkerung sind. Hier, in Westthrakien, ist das nicht der Fall. Die Westthraker Türken haben zu kämpfen um Anerkennung und Achtung. Das findet auch seinen sichtbaren Ausdruck darin, dass kein offizieller Vertreter der Mehrheitsbevölkerung an dieser Kongresseröffnung teilnimmt.

Verzeihen Sie, Herr Mustafa Katranci, und Frau Vizebürgermeisterin Sibel Mustafaoglu, dass ich Sie sozusagen nicht dazu rechne – natürlich sind Sie Vertreter der Region beziehungsweise Vertreterin der Stadt, und zumal offizielle und hochrangige. Ich freue mich, dass Sie diesen Posten bekommen haben. Sie sind wie wir auch Angehörige einer Minderheit. Sie sind, wenn Sie so wollen, und ich hoffe, Sie wollen es, eine von uns. Sie sind uns hochwillkommen, aber, verstehen Sie, es geht hier um das Prinzip der Achtung und der Anerkennung. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass es je eine Kongresseröffnung gegeben hat ohne Beteiligung eines hochrangigen Vertreters der Mehrheitsbevölkerung aus dem Staat, der Region oder auch der Stadt.

Heute findet ein hochrangiger Festakt in Komotini statt (am 14 Mai 1920 wurde Komotini ein Teil Griechenlands). Eigentlich ein geradezu ideales Zusammentreffen von zwei Ereignissen, wo beide – die Stadt Komotini und wir, die FUEN, die größte



internationale Dachorganisation von autochthonen, nationalen Minderheiten in Europa - davon hätten profitieren können.

Wir hätten gern unsere Kongresseröffnung verschoben, damit beides möglich ist: die Teilnahme des Festaktes und die Teilnahme eines Festredners bei unserer Kongresseröffnung.

Ich muss es so deutlich sagen: Es fehlt tatsächlich an Achtung und Respekt, denn man hat es nicht einmal für nötig gehalten, unsere Einladungen zu beantworten. Ich glaube, dass die Situation hier in Griechenland in dieser sehr schwierigen Zeit auch besonders schwierig ist für Minderheiten, aber generell sind die Zeiten für viele von unseren Minderheiten nicht rosig.

Die Lage der autochthonen Minderheiten in Europa ist nach der Balkan-Krise erneut ein Tagungsordnungspunkt auf der politischen Agenda. Mit dem West-Ost-Konflikt in der Ukraine, der Annektierung der Krim und dem Krieg in der Donbass-Region ist wieder der Schutz einer Minderheit als Begründung für einen militärischen Einsatz missbraucht worden.

Vor einem Jahr war ich inmitten der Unruhen, aber noch vor dem Ausbruch des Krieges, drei Tage in Kiew, wo ich am Kiewer Sicherheitsforum teilnahm. Dabei traf ich mich auch mit verschiedenen Minderheitenvertretern, um einen kleinen Einblick in ihre Lage zu bekommen. Mein Eindruck war damals, dass die Minderheiten keine Probleme mit dem Staat und untereinander hatten. Das hat sich allerdings mit dem Krieg geändert. Heute versteckt man seine russische Identität, und es herrschen Angst und Unsicherheit. Auch wir haben keine Lösung aus dieser Krise, doch es ist unsere gemeinsame Aufgabe, den nationalen Minderheiten, den Einzelnen und den Gruppen eine Stimme zu geben.

In Frankreich müssen die Bretonen hinnehmen, dass ihre Heimat zukünftig in zwei Regionen geteilt ist. Damit ist die Heimat der Bretonen zerschlagen, denn Verwaltungseinheiten sind machtvolle Instrumente, die sich in den Köpfen festsetzen. Die Bretonen haben uns um Hilfe gebeten, aber wir konnten ihnen nicht helfen, denn Frankreich ist ein zentralistischer Staat, und was in Paris diktiert wird, nimmt oftmals auf die Belange vor Ort zu wenig Rücksicht. Das trifft Minderheiten besonders hart. Die Elsässer müssen hinnehmen, dass ihre Heimat in einer Großregion Ostfrankreich aufgeht. Damit ist ihr Bezugspunkt ein anderer, und damit ist ihre Identität gefährdet.



Der Begriff Elsass oder Alsace wird möglicherweise nur noch auf den Etiketten von guten Weinen weiter existieren.

Die großen Werte der Französischen Revolution, um die wir sie alle beneiden, nämlich Freiheit, Gleichheit, und Brüderlichkeit lassen offenbar keinen Raum für Minderheiten - weder für Bretonen, Okzitanier, Deutsche, Katalanen, Basken oder auch Flamen.

Nun gefährdet der Pariser Zentralismus den Fortbestand ihrer Sprachen. Zwar werden regionale Initiativen zum Spracherhalt ergriffen, doch sind diese nicht sonderlich effektiv und lassen den kulturellen Verlust fortschreiten.

Frankreich hat weder die Europäische Sprachencharta noch die Rahmenkonvention zum Schutz von Minderheiten ratifiziert.

In Rumänien erfährt die ungarische Minderheit Drangsalierungen durch die Regierung. In der Zeit als RMDSZ Teil der Regierung war, hat Rumänien damit angefangen die Eigentümer der Kirchen und Gemeinden, die von dem kommunistischen Regime nationalisiert wurden, zu restituieren. Auf Basis dieses Gesetzes wurden ein paar hundert Gebäude, Schulen, Gemeinschaftszentren und Bibliotheken an den rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben. Im letzten Jahr hat ein rumänisches Gericht ohne stichhaltigen Beweis beschlossen eine dieser Schulen zu nationalisieren. Dies hat das ganze Restitutionsverfahren unterbrochen und dieses bedeutet eine Einschränkung der Rechte der ungarischen Gemeinschaft in Rumänien.

Hinzu kommt, dass man jede Forderung nach Autonomie zum Sicherheitsrisiko des Staates erklärt.

Auch die 20 jährige Feier anlässlich der Ratifizierung der Sprachencharta in Rumänien, die ohne Beteiligung der Minderheiten stattfand, zeugt nicht gerade von einer positiven Minderheitenpolitik.

Und wenn wir bei den Negativbeispielen sind, komme ich noch einmal auf Griechenland, aber auch auf die Türkei zurück. Wir, Deutschen und Dänen feiern in diesem Jahr 60 Jahre Bonn-Kopenhagener Erklärungen: eine Magna Carta für Minderheiten. Sie entstanden durch den Wunsch der BRD Mitglied der NATO zu werden. Dafür brauchte man die Zustimmung Dänemarks, die diese aber nur unter der



Voraussetzung einer Lösung der Minderheitenprobleme südlich der deutsch-dänische Grenze, geben wollte. Diese Erklärung am 29.03.1955 unterzeichnet, waren der Anstoß zu eine friedliche Entwicklung der Verhältnisse zwischen Mehrheit und Minderheit. Im September des gleichen Jahres mussten viele griechische Bürger Istanbuls ein Pogrom über sich ergehen lassen mit verheerende Zerstörungen von griechischen Eigentum und einem nachfolgenden Exodus zehntausender Griechen aus der Türkei. Heute sind trotz der Partnerschaft in der NATO in beiden Länder viele Minderheitenfragen offen.

1923 hatte, durch den Völkerbund abgesegnet, eine menschenverachtende Vertreibung von 1,2 Millionen Griechen aus ihrer Heimat in der Türkei nach Griechenland und umgekehrt von 600.000 Türken aus ihrer Heimat in Griechenland in die Türkei stattgefunden.

Damals wurden auch die Minderheitenrechte der 150.000 Türken in Westthrakien, also hier, wo wir unseren Kongress durchführen, durch den Lausanner Friedensvertrag zwischen Griechenland und der Türkei unter Garantie gestellt, und die Region wurde Griechenland zuerkannt. Jedoch erkennt Griechenland die Westthrakier Türken offiziell nicht als „türkische“, also nationale Minderheit an, sondern als „muslimische“ und damit religiöse Minderheit. Zurzeit werden in der ganzen Welt sämtliche Muslime verdächtigt und stigmatisiert, weil Einzelne und Gruppen fanatisch und bestialisch agieren. Dadurch wird eine ganze Religion diskriminiert.

Wir sind froh, dass wir die andere, die warmherzige, freundliche, herzliche und zugewandte Seite des Islam bei Ihnen kennenlernen durften und dürfen. Fanatismus, lassen Sie mich das in aller Deutlichkeit sagen, treibt eine ganze Religion in die Isolation.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass die türkische Minderheit in ihrer ganzen Komplexität anerkannt wird. Komplexität ist in diesem Fall mehr als Religion. Sie sind und Sie nennen sich Türken, aber bis heute dürfen Ihre Vereine nicht das Wort „türkisch“ im Namen führen.

Wir nennen das eine willkürliche Einschränkung ihrer Rechte und das hat Griechenland vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gebracht. Trotz dreier Urteile des Gerichtshofs gegen Griechenland im Jahr 2008 ist das Problem noch immer nicht gelöst worden.



Auch die vertraglich geregelte Autonomie im Bildungswesen sowie in religiösen Angelegenheiten, die bis 1967 bestand, wurde den West-Thrakier-Türken nach dem Ende der Militärjunta und dem Übergang zur Demokratie 1974 in Griechenland genommen, und bisher wurde sie immer noch nicht zurückgegeben.

Wenn man nun von Staats wegen die Identität einer Minderheit auf die Religion reduziert, könnte man erwarten, dass der Religion der nötige Respekt entgegengebracht wird. Ein Beispiel aus der Schulpraxis aber zeigt, dass dem nicht so ist.

Da forderte eine griechische Lehrerin an einer türkisch-griechischen Schule die Schülerinnen und Schüler auf, ein Bild von Mohammed zu zeichnen, und das in einem Gebiet, in dem mehr als 90% islamischen Glaubens sind. Mindestens seit dem Karikaturenstreit vor zehn Jahren in Dänemark müsste es jedem Menschen klar sein, was das heißt. Es gibt kein Bild von Mohammed im Islam.

Einer Lehrerin an einer Schule, die tagtäglich mit den Fragen des unterschiedlichen Glaubens konfrontiert ist, müsste dies besonders klar sein. Unsere Westthrakier-Freunde haben dies als Provokation aufgefasst, und es ist nicht auszuschließen, dass es als eine Provokation gemeint war.

Die Zeitungen der türkischen Minderheit, die darüber berichteten, wurden wegen Personenbeleidigung gerichtlich mit Geldstrafen belegt, die das 10-fache dessen betrug, was griechische Zeitungen bei einer solchen Verurteilung bezahlen müssen. Gleichzeitig gibt es ein Verbot der griechischen Regierung gegenüber den Türken, dass sie ihren eigenen Mufti wählen, sondern der wird ihnen vorgesetzt.

Das widerspricht sich doch und sieht aus wie reine Willkür.

Es fehlt schlicht die Achtung vor der Andersheit. Es ist in meinen Augen eine Diskriminierung.

Lassen sie mich an dieser Stelle folgendes feststellen: Nur eine Nation, die Identitäten schützt und in ihr Gemeinwesen integriert, kann global gesehen nachhaltig erfolgreich sein.



Und nur Nationen, die die Vielfalt innerhalb ihrer Grenzen schützen, können friedlich mit anderen Nationen zusammenleben.

Anrede

Jean Monnet, der Ideengeber für ein geeintes Europa, formulierte 1950 sein Ziel, nämlich: die Sicherung des europäischen Friedens durch eine „Vergemeinschaftung“. Der Gedanke war: „Wenn die Wirtschaft verschmilzt, verschmilzt irgendwann auch die Politik“.

Die Wirtschaft ist verschmolzen, aber wie steht es um die Politik?

Hat die Politik noch Gestaltungsmöglichkeiten, und wenn ja, nutzt sie sie zum Wohle der Menschen oder sind Politiker heute schon ungewollt Handlanger der Wirtschaft?

- Wenn man die Machtfrage stellt: regiert die Wirtschaft oder die Politik?

Wir wollen eine demokratische Wirtschaft und nicht eine Wirtschaftsdemokratie?

Die Griechen befinden sich in einer schweren ökonomischen Krise, die durch die rücksichtslose Sparaufgabe der EU und der Rettung vieler Banken dazu geführt hat, dass sich das griechische Volk gedemütigt fühlt. Das ist schlimm und dazu gibt es Parallelen in der europäischen Geschichte, die besonders die Deutschen nicht vergessen sollten.

Ich bin der Meinung, dass Griechenland geholfen werden muss. Griechenland kämpft für vieles, aber eben auch für ein anderes, ein sozialeres Europa. Das möchte ich auch

Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, dass die Forderungen, die Staatsminister Tsipras an die EU stellt, nämlich Achtung der Menschenwürde und Dialog auf Augenhöhe, erst einmal in seinem eigenen Land von ihm selbst gegenüber den Minderheiten erfüllt werden müssten. Diese Faktoren wurden und werden von der griechischen Regierung in Sachen Minderheitenpolitik nicht berücksichtigt, und das macht die Regierung nicht glaubwürdiger.



Griechenland ist nach meiner Überzeugung nicht die Ursache der europäischen Krise, Griechenland ist nur ein Symptom der Krise. Europa befindet sich in einer Wertekrise, die wir alle aufgreifen müssen, wir, die wir für ein geeintes Europa arbeiten.

Immer wieder zitiere ich gern den Satz „Zeige mir, wie du deine Minderheiten behandelst, und ich sage dir, wie demokratisch deine Gesellschaft ist“, denn er bildet die Grundlage für einen demokratischen Umgang auf Augenhöhe. Deshalb forderten wir einen Minderheitenkommissar in der EU.

Wir schlugen vor, diese Position als Portfolio beim Kommissar für Grundrechte zu platzieren. Wir wurden dabei unterstützt sowohl von der sozialdemokratischen Gruppe wie auch von Vertretern der Konservativen sowohl in Dänemark als auch in Schleswig-Holstein.

Wir appellierten an die beiden Kandidaten, Jean-Claude Juncker und den Kandidaten Martin Schulz, sich dafür stark zu machen.

Leider ist dabei nichts herausgekommen. Es ist unserer Meinung nach sogar schlechter geworden. Wir glauben, dass es ein Fehler ist, dass die Minderheitenbelange unter vier Kommissaren aufgeteilt und deshalb natürlicherweise nachrangig behandelt werden. Außerdem wird es bürokratisch und komplizierter, den richtigen Ansprechpartner zu finden. Da lässt man lieber gleich die Finger von Minderheitenfragen!

Ist das vielleicht so gewollt?

Es hat meines Wissens noch keine Kommission gegeben, in der weder das Wort Minderheit noch Sprachenvielfalt in ihrem politischen Programmen auftaucht. Ich mache aus meiner Enttäuschung keinen Hehl.

Dagegen wird Wirtschaft groß geschrieben, und das zeigt sich auch in der Handhabung des größten Dramas unserer Zeit, nämlich der Flüchtlingspolitik. Auch da hat man sich im wirtschaftlichen Sinn mehr als im humanen Sinn verständigt. Das betrifft das Mittelmeer, wie die Einigkeit über die sogenannten sicheren Staaten.

Wenn wir an das schwierige Problem der Flüchtlingsproblematik denken, gibt es keine einfachen Lösungen. Das wissen wir. Aber wir hätten erwartet, dass die EU ähnlich wie



die couragierte und wunderbare Bürgermeisterin von Lampedusa alles nur Mögliche tut, um den Flüchtlingen zu helfen.

Ja, es ist nach dem Flüchtlingsgipfel besser geworden, aber warum haben Zahlen mehr Gewicht als Schicksale? Ich glaube, dass allen, Politikern und Bürgerinnen und Bürgern in Europa, das Schicksal der Flüchtlinge sehr nahe geht. Niemand kann davon unberührt sein. Und glücklicherweise gibt es viele Menschen, die die bürokratischen Hürden überwinden und einfach helfen.

Immer wieder sind die Bürgerinnen und Bürger eine Hoffnung, nicht die Bürokraten, nicht die Politik. Gebt den Bürgerinnen und Bürgern doch endlich mehr Einfluss! Es macht mich mitunter als Minderheitenvertreter etwas mutlos, wenn ich sehe, welche großen und dringenden Probleme in Europa vordringlich behandelt werden müssen. Da gibt es die Ukraine, die Flüchtlingsproblematik, aber, nun ja, auch die Frage, ob die Gurke nun krumm oder gerade sein soll. Das alles ist vordringlich – und ja, dann gibt es auch noch die Minderheiten.

Leider müssen wir feststellen, dass die Lösung der Fragen der traditionellen Minderheiten immer wieder übersehen oder auf die lange Bank geschoben wird. In dem Punkt könnte man den Satz benutzen, den ich vor einiger Zeit in Verbindung mit der Flüchtlingspolitik der EU gehört habe:

„Es gibt eine Organisierte Nichtverantwortung durch Kompetenzverschiebung“. Dieser Satz scheint mir genau zuzutreffen auf unseren Versuch, den Bürgerrechten der Minderheiten mehr Gehör zu verschaffen und sie als Sache Europas zu implementieren. Mit unserem Versuch, die Minority SafePack Initiative, die MSPI zu implementieren, sind wir genau bei diesem Punkt der Nichtverantwortung durch Kompetenzverschiebung.

Wie Sie wissen, hat das Büro der FUEN, erhebliche Kräfte darauf verwandt, die MSPI durch ein 7 köpfiges Bürgerkomitee, bestehend aus namhaften Persönlichkeiten, zu lancieren. Wir haben, wie Sie wissen, nach der Zurückweisung unseres Antrages durch die Kommission beschlossen, diesen Tatbestand durch den Europäischen Gerichtshof prüfen zu lassen.

Im Rechtsstreit mit der Kommission wird in Luxemburg entschieden, ob man es ernst meint mit dem bürgerschaftlichen Engagement und dem Minderheitenschutz in der EU.



Wir erwarten, dass das Gericht Ende 2015 oder Anfang 2016 Klarheit schaffen will. Als Nebenkläger hat sich die Slowakei auf die Seite der Kommission gestellt, während die Ungarn unsere Position unterstützen.

Ein Ereignis möchte ich an dieser Stelle noch erwähnen. Rumänien hatte sich auch als Gegner unserer MSPI am Gericht gemeldet. Als Hunor Kelemen, der Präsident unserer ungarischen Mitgliedsorganisation RMDSZ, und stellvertretender Vorsitzender unseres Bürgerkomitees, als Mitglied der rumänischen Regierung als Kulturminister und stellvertretender Ministerpräsident davon erfuhr, hat er seine Positionen in der Regierung aufgegeben. Das ist alles andere als ein gängiges Politikerverhalten. Lieber Hunor ich möchte Dir nochmal vor diesem Kongress meinen tiefen Respekt vor deiner konsequenten Entscheidung ausdrücken. Das ist vorbildlich.

Anrede

Am 26. Februar fand in Brüssel eine Anhörung zur Europäischen Bürgerinitiative statt, an der unser Rechtsanwalt Prof. Ernst Johansson als einer der Ersten Stellung nehmen durfte, während noch der Kommissar für Grundrechte Frans Timmermans zugegen war. Ich weiß nicht, ob man dies schon als besondere Wertschätzung interpretieren kann. Wir sind ja bescheiden geworden.

Wir machten geltend, dass die Idee der Bürgerinitiative für den Normalbürger gedacht sind und nicht für Juristen. Und auch der Normalbürger muss bei einer Ablehnung seiner Initiative ersehen können, warum abgelehnt wird und nicht nur die floskelhafte Begründung „offensichtlich außerhalb der Kompetenzen“ erhalten.

Unser Bürgerkomitee lässt sich damit jedenfalls nicht abspeisen.

Unsere Kritik an der Europäischen Bürgerinitiative, die wir in unserer rechtlichen Stellungnahme unterstreichen, wurde von vielen anderen Organisationen genauso kritisch gesehen.

Es zeigt sich, dass der Grundgedanke zwar gut ist, aber dass sich das hehre Ziel der Bürgerbeteiligung so nicht erreichen lässt.

Man schaffte zwar ein Instrument, aber es ist nicht oder nur von großen Organisationen nutzbar. Bisher hat es den Namen Bürgerinitiative nicht verdient.



Es scheint nach der Anhörung ziemlich sicher, dass das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative geändert werden wird.

Für alle diejenigen die sich intensiver mit der Materie MSPI beschäftigen wollen empfehle ich eine hervorragende Zusammenfassung, die eine Kurzform mit Hinweisen zu Details beinhaltet. Dabei möchte ich hier Frank de Boer danken, der sowohl der Verfasser dieses Werkes als auch als unser juristischer Berater höchstes Lob verdient hat.

Lassen Sie es mich deutlich sagen: wir sind glücklich darüber, dass wir in unserem Bürgerkomitee herausragende Persönlichkeiten haben, die sich für die FUEN einsetzen. Wir wollen die Mitglieder des Bürgerkomitees bitten, einen Beirat zu bilden, der als eine Art Denkschmiede die Perspektive der FUEN erweitert und Hilfestellung bei der politischen Umsetzung gibt.

Eine erste Konferenz in dieser Richtung findet im Herbst dieses Jahres in Belgien statt. Wie Sie wissen, tritt die FUEN seit Jahren für eine Kompetenzerweiterung der Regionen in Europa ein – weg vom Nationalismus hin zu größerer Eigenverantwortung der Regionen.

Der ehemalige Ministerpräsident der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien, Mitglied des Bürgerkomitees, Karl Heinz Lambertz hat als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses der Regionen die Möglichkeit, seine Gedanken dazu an den richtigen Stellen zu platzieren.

Auf der einen Seite sind es die Eliten der Staaten, die Europa zusammen bringen, aber das ist nur die eine, wichtige Seite. Die andere, ebenso wichtige:

Es ist aus unserer Minderheitenerfahrung heraus an der Zeit, die Bevölkerungen Europas anders ernst zu nehmen und zu beteiligen. Wie gesagt, die Minderheiten spielen hier eine Vorreiterrolle und können in ihrer interkulturellen Kompetenz von Europa genutzt werden.

Das Bürgerkomitee könnte Beispiele für Wege aufzeigen, wie man mehr Subsidiarität schaffen kann.

Und so liegt im Kleinen nach unserer Überzeugung auch eine Lösungsmöglichkeit der großen Probleme.





In der EU sind wir alle Minderheiten, hat Prodi gesagt.

Vor Jahren, als man in Dänemark die Anzahl der Kommunen reduzieren wollte, habe ich einmal den damaligen dänischen Staatsminister, den späteren Generalsekretär der NATO, Anders Fogh Rasmussen gefragt, ob er sich als Vorsitzender einer Minderheit fühle. Er lächelte etwas gequält. Ich sagte ihm dann, dass die Bevölkerung Dänemarks mit seinen 5,5 Millionen Einwohnern mal gerade 1% der Bevölkerung der EU ausmache, während wir – die deutsche Minderheit in Dänemark - in unserer Region 8 % der Bevölkerung ausmachten.

Griechenlands Bevölkerung mit knapp 11 Millionen macht 2% der EU aus und fühlt sich nicht als Minderheit, sondern als ein Volk, als eine Nation.

Würde die Nation zusammen brechen, wenn man die Minderheiten, die in Griechenland leben und die etwa 2% der Bevölkerung ausmachen, anerkennt als das, was sie sind – historisch gewachsene Minderheiten? Ich glaube nein.

Anrede

Die FUEN ist in der Minderheitenpolitik mittlerweile eine Adresse. Am deutlichsten hat das Deutschlands Außenminister Frank Walter Steinmeier bei der Festveranstaltung in Berlin anlässlich des 60. Jahres der Bonn-Kopenhagener Erklärungen ausgedrückt, ich zitiere:

„Ihre Expertise wollen wir auch für unsere Außenpolitik nutzen! Dabei geht es nicht darum, das deutsch-dänische Minderheitenmodell zur blinden Nachahmung zu empfehlen. Dazu sind die Konflikte in dieser Welt zu komplex. Aber ich glaube, Ihre Erfahrungen in Deutschlands Norden und Dänemarks Süden können dabei helfen, wichtige Faktoren auf dem Weg zur Entschärfung von Minderheitenkonflikten zu identifizieren“.

Auch die Einladung an mich durch die ungarischen MEP's der EVP Fraktion zu einer Anhörung über Minderheitenfragen des LIBE Ausschusses in Brüssel zu dem Thema „ Schutz der traditionellen Minderheiten“ unter dem Vorsitz von Frau Monika Hohlmeier, war gut für die FUEN. Auch wenn ich solchen Anhörungen skeptisch gegenüberstehe, hat mir eine ehemalige dänische Europaparlamentariern Mut



gemacht, weil sie mir aus ihren eigenen Erfahrungen berichten konnte, dass Frau Hohlmeier viele Gene ihres Vaters Franz Josef Strauss geerbt hätte und auch wüsste sie mit Beharrlichkeit einzusetzen.

Daher habe ich im Namen der FUEN und aus dem positiven Erfahrungsschatz des deutsch-dänischen Grenzlandes vorgeschlagen, einen „**Kontaktausschuss am Europäischen Parlament**“ einzurichten, um dort die Fragen und Interessen der Minderheiten gegenüber der Europäischen Union zu bündeln.

Anrede

Wir alle haben uns unsere Eltern nicht aussuchen können und auch nicht wo wir geboren sind und in welcher Sprache und Religion wir aufgewachsen sind. Was wir aber gelernt haben ist, dass wir als Menschen Mitmenschen haben und diese auch brauchen um glücklich zu leben.

Ich bin schon zum 4. Mal hier bei den Türken in West-Thrakien zu Besuch und kann Ihnen versichern, dass Sie wunderbare Gastgeber sind. Wir haben in den nächsten Tagen ernste Sachen miteinander zu besprechen, aber es gibt auch Zeit zur Entspannung und zur Kommunikation, und das, so hoffen wir, stärkt unsere Solidarität untereinander.

Es gibt viele Probleme die gelöst werden müssen, aber glücklicherweise nicht alle nur von uns. Wir sind auf dem richtigen Weg. Deshalb möchte ich mit einem alten chinesischen Sprichwort schließen:

Dass die Vögel der Sorge und des Kammers über deinem Haupte fliegen, kannst du nicht ändern. Aber dass sie Nester in deinem Haar bauen, das kannst du verhindern. Blicken wir mit Zuversicht und Selbstvertrauen in die Zukunft.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.